



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung
Amt für Schule

LEHRPLANREVISION SEKUNDARSTUFE II

Lehrplan

Gemeinschaftskunde

für die gymnasiale Oberstufe

1989

-V HH

-7(1989)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das Amt für Schule legt den neuen Lehrplan Gemeinschaftskunde als Grundlage für den Unterricht verbindlich zur Erprobung vor. Ich bitte Sie, sich intensiv mit Zielen, Inhalten und Vorschlägen des Lehrplans auseinanderzusetzen.

Die Diskussions- und Erprobungsphase dauert bis Ende des Schuljahres 1992. Ich bitte um frühzeitige Stellungnahme, um Kritik und Gegenvorschläge eingehend mit Ihnen diskutieren zu können.

Gegenüber dem Lehrplan Gemeinschaftskunde in der Studienstufe von 1981 setzt der neue Lehrplan folgende neue Akzente:

- Förderung der Selbsttätigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Schüler im Umgang mit Inhalten und Methoden des Faches.
- Verbindliche Festlegung geschichtlicher Fundierung politischer Grundfragen und gesellschaftlicher Probleme.
- Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Erfahrungen und Orientierungen der Mädchen als didaktisches Prinzip.
- Auswahl von Themenbereichen in den einzelnen Semestern und gemeinsame Festlegung der Themen durch Lehrer und Schüler.

Aus Ihren Vorschlägen und der Diskussion um den neuen Lehrplan erhoffe ich Aufschlüsse über folgende Sachverhalte:

- Wie kann selbsttätiges und selbständiges Arbeiten gefördert werden?
- Welche Gründe gibt es, daß Mädchen im Durchschnitt weniger als Jungen motiviert sind, Gemeinschaftskunde zu wählen, und wie kann das Kurswahlverhalten der Mädchen verändert werden?
- Welche Inhalte vermissen Sie?
- Welche Vorschläge haben Sie für Projekte und fachübergreifende Zusammenarbeit?

Den Kolleginnen und Kollegen des Lehrplanausschusses und vieler Fachkonferenzen danke ich für ihre geleistete Arbeit und wertvollen Hinweise.

H. Endlich
Endlich



Fachreferent: Hans Endlich

Amt für Schule S 13/31

Lehrplanausschuß Gemeinschaftskunde

Christine Gronert	Lohmühlen-Gymnasium/Studienseminar
Maja Dammann	Gesamtschule Kirchdorf
Harri Rusch	Institut für Lehrerfortbildung
Klaus Schattenberg	Gesamtschule Otto Hahn
Günter Warnecke	Alexander-von-Humboldt-Gymnasium/Studienseminar
Rainer Weckherlin	Gymnasium Rahlstedt

Inhaltsübersicht

A.	Zur Konzeption des Unterrichts	Seite
1.	Aufgaben und Ziele	2
1.1	Didaktische Prinzipien	2
1.2	Ziele	4
2.	Organisation	4
3.	Arbeitsformen	5
B.	Zur Durchführung des Unterrichts	
1.	Grundlagen	7
2.	Gliederung über die Semesterthematik	8
3.	Semesterthematik und Themenbereiche der Vorstufe	
1.	Semester: Politische Theorien und gesellschaftliche Wirklichkeit	9
2.	Semester: Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt	10
4.	Semesterthematik und Themenbereiche der Studienstufe	
1.	Semester: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	11
2.	Semester: Gesellschaft und Gesellschaftspolitik	13
3.	Semester: Demokratische Willensbildung und politische Herrschaft	15
4.	Semester: Grundprobleme internationaler Politik	17

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
-Schulbuchbibliothek -

94/2113

A. Zur Konzeption des Unterrichts

1. Aufgaben und Ziele

Der Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde soll Schülerinnen und Schüler der Oberstufe befähigen, politische, soziale und wirtschaftliche Strukturen und Prozesse der Gegenwart — auch in ihrem Herkommen aus der Vergangenheit und in ihrer Wirkung auf die Zukunft — zu analysieren, zu verstehen und zu beurteilen, sich für die Grundrechte einzusetzen und sich an den politischen und sozialen Aufgaben und Auseinandersetzungen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft wie auch im internationalen Bereich zu beteiligen. Dazu gehören die Bereitschaft und Fähigkeit, eigene Interessen und Meinungen auch im Konflikt mit anderen zu vertreten, Toleranz zu üben und Kompromisse zu schließen sowie die Einsicht, daß der individuelle Anspruch auf Selbst- und Mitbestimmung begrenzt wird durch den Anspruch der Gesellschaft auf Kooperation und Integration.

Der Gemeinschaftskundeunterricht baut auf dem Sozialkunde- und Geschichtsunterricht oder dem Politikunterricht der Sekundarstufe I auf. In der gymnasialen Oberstufe sollen Schülerinnen und Schüler komplexe Zusammenhänge erfassen, prinzipielle Erkenntnisse gewinnen und eigene Urteile gründlich absichern können und sich mit wissenschaftlichen Erklärungsansätzen und Verfahrensweisen vertraut machen.

Die Beherrschung von Arbeitstechniken, die vor allem in den beiden Semestern der Vorstufe eingeübt werden müssen, soll sie befähigen, sich politische Probleme selbständig und systematisch zu erschließen.

Der Gemeinschaftskundeunterricht vermittelt die im Grundgesetz niedergelegten Normen als Maßstäbe politischen und sozialen Verhaltens: den Schutz der Menschenwürde, die Grundrechte, das Rechtsstaatsprinzip, das Sozialstaatsprinzip und die institutionellen Regelungen des auf Gewaltenteilung beruhenden parlamentarisch-demokratischen Bundesstaates.

Er zeigt, daß zum Wesen unserer Gesellschaft Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen gehören, die ausgetragen und mit Hilfe von Kompromissen und Übereinkünften geregelt, durch Macht oder Mehrheit entschieden werden. Die Schüler müssen lernen, demokratisch legitimierte Entscheidungen zu respektieren, bei abweichender eigener Meinung zu ertragen und gegebenenfalls um neue Mehrheiten zu ringen. Die Schüler sollen bei der Analyse und Beurteilung von Gegenwartsfragen das eigene Verhalten mit bedenken. Sie sollen erkennen, daß in einer freiheitlichen Demokratie der einzelne aufgefordert ist, auf Entscheidungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft Einfluß zu nehmen. Fähigkeiten und Haltungen, die auf politische und soziale Beteiligung zielen, lassen sich vor allem in Auseinandersetzungen mit konkreten Entscheidungen und Maßnahmen entwickeln. Daher sollen theoretische Positionen in der Regel im Zusammenhang mit der Praxis behandelt werden.

1.1 Didaktische Prinzipien

Problemorientierung

Die Vorbereitung der Schüler auf eine Teilnahme am politischen Leben knüpft an gesellschaftlich wichtige Probleme an. Durch die Beschäftigung mit aktuellen Konflikten wird es möglich, ihre Meinung einzubeziehen, ihr Sachinteresse zu wecken sowie den Unterricht stärker auf Eigentätigkeit und Selbständigkeit auszurichten. Gerade die Arbeit an „schülernahen“ Beispielen soll mit dazu beitragen, sich im politischen Leben unserer Gesellschaft als Staatsbürger, Mitglied unterschiedlicher Gruppen oder in anderen typischen Rollen zurechtzufinden. Die Orientierung an Problemen schließt die gründliche Behandlung umfassender Zusammenhänge, die Einbeziehung von Theorien und den Erwerb eines soliden Orientierungswissens ein und verhindert dadurch parteiliche Reduktion oder verfälschende Isolierung einzelner Sachverhalte.

Auseinandersetzung mit kontroversen Standpunkten

Sowohl in unserer Demokratie als auch in der Staatengemeinschaft sind öffentliche Fragen aufgrund unterschiedlicher Wertauffassungen und Sachinteressen umstritten. Politik versteht sich daher als Auseinandersetzung mit und Regelung von unterschiedlichen Interessen und Standpunkten. Diesem strukturbedingten Merkmal entspricht das didaktische Prinzip des kontroversen Denkens.

Was in Gesellschaft und Wissenschaft kontrovers ist, muß auch im Unterricht kontrovers behandelt werden. Das Prinzip des kontroversen Denkens ermöglicht nicht nur einen sachgerechten und zugleich Interesse weckenden Zugang zur Politik, sondern zwingt auch dazu, unterschiedliche Standpunkte angemessen vorzustellen und damit Einseitigkeit zu vermeiden. Die Auseinandersetzung mit prinzipiell gleichberechtigten anderen Auffassungen und Interessen fördert die Bereitschaft zu Toleranz und die Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen. Das Prinzip des kontroversen Denkens soll nicht ein beliebiges

Einerseits und Andererseits bedeuten, sondern den Schülern helfen, einen eigenen Standpunkt zu gewinnen und zu vertreten. Sie sollen instand gesetzt werden, die Grundwerte unserer Verfassung und die Menschenrechte der UNO-Charta bewußt anzuerkennen, sie dürfen aber nicht auf eine bestimmte parteilich-weltanschauliche Position verpflichtet werden.

Wissenschaftlichkeit

Der Unterricht basiert auf Erkenntnissen der Sozialwissenschaften. Die Kriterien wissenschaftlicher Arbeit und Auseinandersetzung gelten in elementarierter Form auch für ihn. Die Orientierung an politischen Problemen schließt aus, daß sich der Unterricht grundsätzlich an der Systematik einer oder mehrerer Wissenschaftsdisziplinen ausrichtet. Andererseits verlangt die Studienstufe propädeutische Einführung in die Wissenschaften. Daher stehen Grundprobleme der Gegenwart im Vordergrund, die in ihrem Kern jeweils einem Wissenschaftsbereich zugeordnet werden können. Wissenschaftliche Fragestellungen, Grundbegriffe und Methoden dienen einerseits dazu, das Problem sachgemäß zu erschließen; andererseits ist der Umgang damit zugleich eine Einführung in wissenschaftliches Denken und Arbeiten.

Geschichtsbezug

Die Behandlung politischer Grundfragen und gesellschaftlicher Probleme kommt ohne geschichtliche Fundierung — und damit ohne feste Anteile von Geschichte — nicht aus. Geschichte vertieft das Verständnis der Gegenwart und verweist darauf, wie sie geworden ist. Sie greift zurück auf historisch erforschte Situationen und Entwicklungszusammenhänge, erweitert durch Vergleich und Kontrast Erfahrungsfeld und Analysevermögen der Sozialwissenschaften. Sie zeigt auf, daß es andere Zwecke und Formen des Zusammenlebens gegeben hat und stellt konkrete Beispiele bereit. Sie leistet einen Beitrag zu ideologiekritischem Denken und zur Identitätsfindung, indem Gegenwärtiges an der erforschten Vergangenheit überprüft und um historische Erfahrungen bereichert werden kann.

Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Erfahrungen und Orientierungen

Bei der Behandlung gegenwärtiger und vergangener gesellschaftspolitischer Zustände und Prozesse ist die Beteiligung und Einflußnahme von Frauen und Männern zu *akzentuieren*. Dabei sollten außerschulische Sozialisationserfahrungen, internalisierte Rollenklischees und Verhaltensmuster im Unterricht aufgearbeitet werden. Die Ursachen und Formen von Unterprivilegierung und Unterrepräsentation von Frauen sollten sowohl in ihrer historischen Bedingtheit als auch in ihrer politischen Aufhebbarkeit bewußt gemacht werden.

1.2 Ziele

Die Ziele für den Gemeinschaftskundeunterricht konkretisieren und differenzieren die Aussagen der Allgemeinen Lernziele und schreiben die Richtlinien für Erziehung und Unterricht der Sekundarstufe I in ihren Grundprinzipien fort. Kern und Auswahlkriterium bildet das Politische, die Frage nach Erkenntnis und Beurteilung gesellschaftlicher Prozesse, Probleme und Konflikte, die zu Aufgaben für Politik werden und die Befähigung des einzelnen und von Gruppen zu verantwortlichem politischen Handeln erfordern. Im Vordergrund des Unterrichts auf der Vor- und Studienstufe stehen daher die Selbständigkeit im Vorgehen, die Bereitschaft, neu auftauchende Fragestellungen auf Lösungsmöglichkeiten zu untersuchen sowie eine durch Kenntnisse abgesicherte Urteilsfähigkeit.

Folgende Fachlernziele sind anzustreben:

- Wissenschaftliche Grundbegriffe, Arbeitstechniken und Verfahrensweisen kennen und anwenden.
- Einsicht in Leistungen und Grenzen der zugrunde liegenden Wissenschaften finden und ein Methodenbewußtsein entwickeln.
- Grundlegende Institutionen, Funktionen und Zusammenhänge unserer und anderer Gesellschaften kennen und verstehen.
- Unterschiedliche Theorien und wissenschaftliche Erklärungsansätze kennen, verstehen und anwenden.
- Politische, soziale, wirtschaftliche und rechtliche Ordnungs- und Zielvorstellungen hinsichtlich der ihnen zugrunde liegenden Interessen, Werte und Ideologien untersuchen und deren Legitimation überprüfen.
- Geschichtliche Bedingungen für politische Entscheidungen, wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Befunde der Gegenwart kennenlernen und in ihrer Bedeutung für das Leben heute einschätzen.
- Konzeptionen und Maßnahmen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auf ihre Abhängigkeit von geographischen Gegebenheiten und ihren Einfluß auf Natur und Umwelt untersuchen.
- Einblick in Wirkungszusammenhänge ideologischer, machtpolitischer, historischer, sozialer, ökonomischer und geographischer Faktoren gewinnen.
- Zusammenhänge der Entstehung, Entwicklung und politischen Wirkung von Theorien und wissenschaftlichen Erklärungen mit der jeweiligen gesellschaftlichen und historischen Situation erkennen.
- Kontroverse Standpunkte und wissenschaftliche Erklärungen kennenlernen und sich kritisch mit ihnen auseinandersetzen.
- Politische Ziele, Sachverhalte und Entscheidungen differenziert beurteilen und einen eigenen Standpunkt gewinnen.
- Mitwirkungs- und Gestaltungsspielräume in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft einschätzen, nutzen und erweitern.

2. Organisation

Die Stundentafel der Vorstufe sieht für alle Schüler im Pflichtbereich zwei Wochenstunden Gemeinschaftskunde verbindlich vor. Zusätzlich können Schüler, die eine intensivere Beschäftigung mit dem Fach wünschen, im Wahlbereich einen zweistündigen Ergänzungskurs belegen, der auf den Leistungskurs der Studienstufe vorbereiten soll.

Auf der Studienstufe wird Gemeinschaftskunde im Grundkurs mit drei Wochenstunden und im Leistungskurs mit fünf Wochenstunden angeboten. Für alle Schüler ist das Fach vier Semester lang verpflichtend.

Mädchen wählen in geringerer Zahl als Jungen Kurse in Gemeinschaftskunde und Geschichte. Vermutlich bewirken gegenwärtige Sozialisationsbedingungen geschlechtsspezifische Orientierungen bei der Berufs- und Lebensplanung. Wenn dabei das Denken und Handeln der Mädchen sich als indifferent gegenüber einer Beschäftigung mit politischer Bildung manifestiert, müssen bei den Kursangeboten strukturelle Wandlungen im Geschlechterverhältnis und Handlungsperspektiven der Frauen in der Beschreibung der Semesterthematik besonders herausgestellt werden.

Grund- und Leistungskurse gewährleisten den wissenschaftspropädeutischen Anspruch der Studienstufe auf unterschiedliche Weise. Grundkurse orientieren sich an Fragestellungen und Vorgehensweisen, wie sie für den aufgeklärten Mediennutzer und Wahlbürger zu seiner Urteilsbildung erforderlich sind. Grundkurse sind stärker als Leistungskurse auf exemplarisches Vorgehen und Elementarisierung angewiesen; besonders komplexe Probleme und Aufgaben sollten zurückgestellt werden. Generell problematisierend und punktuell vertiefend zu arbeiten, ist auch hier erforderlich.

Im Vergleich zu den Grundkursen zielen Leistungskurse ab auf

- größere Selbständigkeit bei der Planung und Durchführung von Arbeitsvorhaben
- Behandlung komplexer Themen
- zusätzliche Problematisierungen fundamentaler Sachverhalte
- größere Vielfalt der Unterrichtsmethoden
- Ausbildung eines differenzierteren Umgangs mit Theorien
- vertiefte Kenntnis von Geschichte
- Behandlung umfassenderer fachwissenschaftlicher Texte
- Kenntnis mindestens einer Ganzschrift aus der Fachliteratur zu einem Thema.

3. Arbeitsformen

Größere Selbständigkeit der Schüler bei der Organisation von Arbeitsprozessen verlangt vom Lehrer, folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

Die Verbindung von Konkretheit und Abstraktion

Das Erörtern theoretischer oder wissenschaftlicher Texte erweist sich immer dann als wenig erfolgreich, wenn Schüler von der zugrunde liegenden Sache selbst keine konkreten Vorstellungen haben. Um sie zu größerer Selbständigkeit hinzuführen, sollten konkrete und in ihrem Erfahrungsbereich liegende Sachverhalte Ausgangspunkt und Leitfaden für den Unterricht bilden. Aktuelle politische Konflikte bieten sich an, deren öffentliche Diskussion und deren Lösungsmöglichkeiten im Unterricht aufgegriffen und mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse problematisiert werden können, so daß Konkretheit und Abstraktion sich sinnvoll verbinden.

Die Vermittlung und Einübung von Arbeitstechniken

Die oft schwer überschaubare Materialfülle, die z. T. erst nach einem Prozeß des Ordnen und Systematisierens verwertbare Informationen für die eigene Meinungs- und Urteilsbildung hergibt, bedingt die Vermittlung von Techniken geistiger Arbeit, die in der Vorstufe systematisch eingeübt und in der Studienstufe weiter gepflegt und zunehmend besser beherrscht werden sollen: Exzerpieren, Protokollieren, Nachschlagen, Ordnen und Auswerten verschiedener Materialien; Auswertung von Statistiken, verbale und schematische Darstellung von Sachverhalten; Erschließen und Interpretieren von Texten; Argumentieren, Diskutieren, Debattieren, Gesprächsführung.

Die methodischen Fähigkeiten und Fertigkeiten werden bei der Erarbeitung der Unterrichtsinhalte durch Anwenden und Üben vermittelt. Darüber hinaus ist es erforderlich, Arbeitsschritte in ihrer Funktion gezielt bewußt zu machen und zu erörtern.

Am Ende der Studienstufe müssen Schüler fähig sein, politische Sachverhalte verständlich und begrifflich klar darzustellen, zu zitieren, Skizzen, Tabellen sowie Diagramme zu zeichnen und verschiedenartige Materialien zu interpretieren.

Auf Selbsttätigkeit zielende Arbeitsweisen

Die Förderung der Selbsttätigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Schüler im Umgang mit Inhalten und Methoden des Faches soll eine deutliche Steuerungsfunktion für den Kursverlauf haben. Dies geschieht durch die Beteiligung der Schüler an der Themeneingrenzung und Schwerpunktsetzung innerhalb der zur Auswahl stehenden Themenbereiche und bei der Planung von Unterrichtsabschnitten. Eigenständiges Arbeiten fördert die Lernmotivation. Dabei wird politischer Unterricht als gemeinsamer Arbeitsprozeß verstanden, der zur Selbständigkeit erzieht. Der Lehrer wird vor allem im Leistungskurs eher beratend, koordinierend und in relativ offenen Lernsituationen kooperierend tätig sein.

Die Expertenbefragung

Durch die Möglichkeit, Kenntnisse und Erfahrungen anderer für die eigene Urteilsbildung zu nutzen, bietet die Expertenbefragung besonders gute Chancen für selbständiges, interessen- und aspektbezogenes Arbeiten und Kommunizieren. Experten zu bestimmten unterrichtsrelevanten Themen können sowohl in den Unterricht geholt als auch in ihrem Tätigkeitsbereich besucht werden.

Das Planspiel

Das Planspiel fordert auf, Informationen interessenbezogen und handlungsorientiert einzusetzen, es bietet Gelegenheit, Handlungsspielräume einzuschätzen und Verhalten in Konflikt- und Entscheidungssituationen auszuprobieren, zu reflektieren und zu diskutieren. Vielfältige Planungsprozesse in Politik und Wirtschaft basieren auf Simulations- und Entscheidungsmodellen. Die diesen zugrunde liegenden theoretischen Annahmen und die zur modellhaften Abbildung komplexer Prozesse notwendigen Abstraktionen können durch computergestützte Planspiele und Simulationen zum hypothetischen Denken herausfordern und Entwicklungen veranschaulichen.

Projekte

Die Beschäftigung mit komplexen gesellschaftlichen Sachverhalten, die auf öffentliches Interesse stoßen, lassen sich nicht auf ein Fach und die dafür vorgesehenen Kursstunden begrenzen. Sie erfordern aufwendige Untersuchungen, die auch außerhalb der Schule durchzuführen und mit möglichen Aktionen verknüpft sind. Es sind solche Projekte zu empfehlen, in denen unterschiedliche Lösungsvorschläge für ein Problem eine wichtige Rolle spielen und deren Entwicklungen noch nicht abgeschlossen sind, z. B. die Sanierung eines Wohngebietes, die Eingliederung von Aussiedlern, die Integration von Ausländern oder die Beobachtung und Auswertung eines Wahlkampfes.

Das Instrumentarium zur Bewältigung gemeinsam gestellter Aufgaben kann zugleich selbst mit der Sache angeeignet werden. Die Rolle des Lehrers ist von Projekt zu Projekt anders bestimmt. Er kann Arrangeur, Berater und Anreger sein und wird neben den sehr ausführlichen und intensiven Vorbereitungen mit den Schülern untersuchen und lernen.

Reflexion und Sicherung der Unterrichtsergebnisse

Im methodischen Vorgehen, das auf die Selbständigkeit der Schüler zielt, sind bereits Formen der Reflexion und der Ergebnissicherung enthalten, z. B. wenn Themen eingegrenzt, Schwerpunkte gesetzt werden und über Möglichkeiten nachgedacht wird, politische Konflikte zu lösen; wenn Arbeitstechniken erprobt oder Expertenbefragungen ausgewertet werden. Denkbar ist, daß aus dieser Arbeit Alternativen zu herkömmlichen Klausuren entstehen, z. B. wenn Schüler eigene Recherchen mit einer Konfliktanalyse verbinden, eine Konfliktlösung mit den in der Klasse diskutierten vergleichen, eigene Beobachtungen darstellen und einschätzen oder eine Expertenbefragung konzipieren und erläutern. So können individuelle Lernfortschritte bei unterschiedlichen Lernvoraussetzungen honoriert werden.

Die Fähigkeit zum Mitdenken und das Interpretieren von Untersuchungsergebnissen, sowie Urteilsvermögen und Problembewußtsein spielen eine große Rolle bei der mündlichen Leistungsbewertung. Unterschiedliche politische Meinungen und Standpunkte zu einem Sachverhalt sind als gleichwertig zu honorieren. Zum begründeten Widerspruch sollten Schüler immer wieder ermuntert werden. Maßgeblich für die Notengebung ist dabei die Qualität, nicht die politisch bestimmte Richtung einer Aussage.

B. Zur Durchführung des Unterrichts

1. Grundlagen

Für die Vorstufe und die Studienstufe sind die Fachziele, Semesterziele und die didaktischen Prinzipien verbindlich.

Vorstufe

Der Planung werden 34 Wochen pro Jahr zugrunde gelegt (tatsächlich 39,5 Unterrichtswochen), d. h. pro Semester 17 Unterrichtswochen mit 34 Unterrichtsstunden.

Vorgesehen ist für beide Semester die Wahl je eines verbindlichen Themenbereichs, innerhalb dessen Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Themen bestehen. Die Schüler sind an der Themenwahl zu beteiligen. Die methodischen Entscheidungen sind so zu treffen, daß die Einführung und Einübung der für das Fach notwendigen Arbeitstechniken und Arbeitsverfahren gesichert ist.

Studienstufe

Für die Planung werden grundsätzlich 34 Unterrichtswochen zugrunde gelegt, d. h. pro Semester 17 Unterrichtswochen mit 51 Stunden für den Grundkurs, 85 Stunden für den Leistungskurs.

Vorgesehen ist für jedes Semester die Wahl eines verbindlichen Themenbereichs mit festen Anteilen Geschichte. Im Rahmen der Themenbereiche sind Lehrer und Schüler in ihren inhaltlichen Entscheidungen frei.

Wichtig sind für die Vorstufe und die Studienstufe die Grundsätze des methodischen Vorgehens, die vor allem auf die Selbständigkeit der Schüler zielen. Sie lassen sich auch als Arbeitsschritte verstehen, die ineinandergreifen und sich gegenseitig bedingen:

— Themeneingrenzung

In der Regel sollen — soweit wie möglich gemeinsam — das Thema und ein beispielhafter aktueller Konflikt ausgewählt und festgelegt werden. Lehrer und Schüler grenzen das Thema so weit ein, daß eine Bearbeitung möglich wird, sie bestimmen das Problem und legen Fragestellungen und Schwerpunkte fest. Dazu gehört eine Bestandsaufnahme, die die notwendigen Vorkenntnisse sichert, die Interessen der Schüler eindeutiger zu klären versucht und Vorschläge zum Vorgehen prüft.

— Untersuchung

In der Regel soll ein aktueller Konflikt zunächst als Sachverhalt mit den dazu notwendigen Kenntnissen erarbeitet und verstanden werden; dann geht es um die Bearbeitung von Äußerungen zu diesem Konflikt und die Erarbeitung unterschiedlicher Positionen dazu. Zum genaueren und vertieften Verständnis des Konflikts und des Themas soll auf vergleichbare historische Situationen zurückgegriffen werden und sollen theoretische Erklärungsansätze herangezogen werden.

Lehrer und Schüler entwickeln gemeinsam einen Arbeitsplan. Sie entscheiden je nach Untersuchungsschwerpunkt, welche politischen Theorien zur Erklärung und welche historischen Situationen zur Fundierung herangezogen werden sollen. Sie regeln die Materialbeschaffung und verteilen die einzelnen Arbeitsaufgaben. Sie klären, wie Teilergebnisse für alle bereitgestellt werden können. Die Planungsphase sollte nicht überdehnt werden.

Lehrer und Schüler realisieren den Arbeitsplan. Der Lehrer hat eine vorwiegend beratende Funktion. Treten methodische oder inhaltliche Schwierigkeiten auf, so müssen sie aufgegriffen und besprochen werden. Die begleitende Reflexion des Arbeitsverfahrens ist unerlässlich. Sie macht die Unterrichtssituation für alle Teilnehmer transparent und schafft so Bewußtsein und Möglichkeit für veränderndes Eingreifen der Schüler. Auf diese Weise kann die Lerngruppe den Unterricht als gemeinsamen Arbeitsprozeß verstehen und den Grad an Selbständigkeit erhöhen.

— Auswertung

In der Regel erfolgt hier die abschließende Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen und Lösungsvorschlägen zum aktuellen Konflikt bzw. zum zugrunde liegenden Problem. Von da aus kann eine Auswertung auf umfassendere Problembereiche vorgenommen werden.

Lehrer und Schüler beziehen ihre Untersuchungsergebnisse zurück auf ihr Untersuchungsinteresse und auf den Arbeitsplan. Sie stellen fest, was geleistet und was offengeblieben ist. Sie erörtern die Schwierigkeiten und Schwachstellen der Untersuchung und deren Ursachen.

Zu den notwendigen Schlußfolgerungen gehört auch die Überlegung, ob eine weitere Untersuchung angeschlossen werden soll. Je nach Thema und Kursverlauf kann es sinnvoll sein, Untersuchung und Auswertung zu verzahnen.

2. Gliederung — Überblick über die Semesterthematik

2.1 Vorstufe

1. Semester: Politische Theorien und gesellschaftliche Wirklichkeit
2. Semester: Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt

2.2 Studienstufe

1. Semester: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik
2. Semester: Gesellschaft und Gesellschaftspolitik
3. Semester: Demokratische Willensbildung und politische Herrschaft
4. Semester: Probleme internationaler Politik

3. Semesterthematik und Themenbereiche der Vorstufe

1. Semester: Politische Theorien und gesellschaftliche Wirklichkeit

Ziele

- Entstehung, Entwicklung und Wirksamkeit politischer Theorien und wissenschaftlicher Erklärungen kennen und sie im Zusammenhang mit der jeweiligen gesellschaftlichen und historischen Situation verstehen, an einem aktuellen Konfliktfall anwenden und ihre Erklärungsfähigkeit erproben.
- Politische, soziale, wirtschaftliche und rechtliche Ziel- und Ordnungsvorstellungen im Hinblick auf Interessen, Werte und Ideologien kennenlernen und erkennen.
- Politische Gestaltungsmöglichkeiten einschätzen und erörtern.
- Eigene Interessen erkennen, artikulieren und auf Wertmaßstäbe zurückführen.
- Maßstäbe für eigenes Urteilen und Handeln gewinnen.
- Lern- und Arbeitstechniken (Wissensbeschaffung, Informationsauswahl, Lernmethoden) erwerben, verbessern und anwenden.

Allgemeine Hinweise

Die politischen Theorien des Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus sollen nicht genetisch und allgemein dargestellt, sondern im Hinblick auf ein Thema erfaßt werden. Empfohlen wird, daß im Unterricht von einem aktuellen Konflikt ausgegangen wird, der zum Thema paßt und den die Schüler untersuchen, indem sie den Sachverhalt klären und aktuelle Aussagen und Erklärungen sowie wichtige historische Dokumente, die theoretische und ideologische Denktraditionen deutlich machen, sichten und analysieren. Dabei erfahren die Schüler, wie Theorien zur Erklärung der Wirklichkeit beitragen können. Dokumente, Nachrichten und Materialien aus dem Alltagsleben sowie Texte aus der Literatur, die zeigen, wie es z. B. mit der Menschenwürde in der Realität bestellt ist, werden herangezogen, um die Spannung zwischen Ist und Soll zu zeigen.

Zur Wahl stehen folgende Themenbereiche:

- Eigentum
- Soziale Sicherheit
- Grundrechte

Vorschläge für den Unterricht — Beispiel: Themenbereich Eigentum

Themeneingrenzung

Klärung des Vorwissens zur Eigentumsproblematik.

Auswahl eines aktuellen Konflikts und Festlegung des Themas nach Interessenlage des Kurses, zum Beispiel:

- Ansiedlung eines Industrieunternehmens
- Enteignung privater Grundstücke für den Bau öffentlicher Einrichtungen
- Sanierung eines Wohngebiets

Untersuchung

Analyse des aktuellen Konflikts: Unterschiedliche Interessen, kontroverse Interpretationen des Sachverhalts durch Medien, Erklärungen von Parteien, Verbände und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Erörterung vorgeschlagener Lösungswege.

Auseinandersetzung mit Eigentumsauffassungen: Eigentumsbegriff des Grundgesetzes (Schutz und Sozialpflichtigkeit des Eigentums), Weimarer Reichsverfassung (Sozialfunktion des Eigentums).

Theoretische Grundlagen und Denktraditionen:

- Wirtschaftsliberalismus
- Bürgerliches Eigentum und politische Emanzipation im 19. Jahrhundert
- Eigentum als Herrschaftsinstrument (Marx, Kritik an der privaten Verfügbarkeit der Produktionsmittel)
- Neoliberalismus

Auswertung

Diskussion und Bewertung der zur Beilegung des Konflikts angebotenen Lösungen unter Anwendung der gewonnenen Kenntnisse. Einordnung des Themas in andere politische Zusammenhänge (z. B. Sozialisierung der Renault-Werke, Staatseigentum an Grund und Boden in der UdSSR).

Reflexion zum Gang der Untersuchung und der Unterrichtsergebnisse.

2. Semester: Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt

Ziele

- Die Entwicklung zur Europäischen Gemeinschaft kennen.
- Ziele und Konflikte innerhalb der EG und die dahinterstehenden Interessen erörtern.
- Vor- und Nachteile des gemeinsamen Marktes erkennen und erörtern.
- Machtverhältnisse innerhalb der EG einschätzen und Konfliktregelungen problematisieren.
- Auswirkungen wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Entscheidungen in der EG auf ihre Mitglieder und Länder der Dritten Welt erkennen.
- Verpflichtungen der EG gegenüber Nichtmitgliedsländern erörtern.

Allgemeine Hinweise

Im Unterricht sollen vor allem die Folgen einer gemeinsamen westeuropäischen Politik bedacht werden: Die Entstehung eines europäischen Bewußtseins und dessen latente Gefährdung durch nationale Sonderinteressen, die Verlagerung von Souveränitätsrechten auf die Gemeinschaft, das Problem demokratischer Kontrolle und die Entstehung eines neuen Machtzentrums, das bei Nichtmitgliedsländern z. T. Bedenken hervorruft. Herauszuarbeiten sind Interessenunterschiede zwischen Staatengruppen der Dritten Welt und der EG sowie Beispiele für strukturelle Abhängigkeiten zwischen Dritter Welt und EG.

Wirtschaftsstrukturen und Prozesse, regionale Disparitäten und Regionalpolitik in Europa werden im Wahlpflichtbereich Erdkunde behandelt. Um Chancen einer fachübergreifenden Zusammenarbeit zu nutzen und Stoffüberschneidungen zu vermeiden, ist eine inhaltliche Abstimmung durch die Fachkonferenzen unerlässlich.

Zur Wahl stehen folgende Themenbereiche:

- Industriepolitik (z. B. Stahl, Werften, Luft- und Raumfahrt, Telekommunikation)
- Energiepolitik (z. B. Preise, Energieträger und Verbrauch)
- Umweltpolitik
- Agrarpolitik

Vorschläge für den Unterricht — Beispiel: Themenbereich Agrarpolitik

Themeneingrenzung

Klärung des Vorwissens. Auswahl eines aktuellen Konflikts und Festlegung des Themas nach Interessenlage des Kurses, zum Beispiel:

- Landwirtschaftliche Überschüsse in der EG
- Ein Handelskonflikt durch die EG-Agrarpolitik
- Preisgestaltung und Subventionen

Untersuchung

Klärung der Sachverhalte des ausgewählten Konflikts im Hinblick auf unterschiedliche Positionen (Sonderinteressen) der EG-Mitglieder.

Schwierigkeiten der Integrationspolitik: Gremien und Entscheidungen, Machtverhältnisse, Ziele, Anspruch und Wirklichkeit. Auswirkungen der EG-Agrarpolitik auf die Länder der Dritten Welt (z. B. der Handel mit Futter und Lebensmitteln, Unternährung und Hunger in Ländern der Dritten Welt, ökologische Folgen).

Erörterung von Lösungswegen zur Reform des Agrarmarktes.

Auswertung

Diskussion und Bewertung des Konflikts im Hinblick auf die Weiterentwicklung der EG.

Einordnung des Konflikts in größere Zusammenhänge: Beziehungen der EG zur USA, Handels- und Kooperationsabkommen, Entwicklungspolitik der EG.

Reflexion zum Gang der Untersuchung und der Unterrichtsergebnisse.

4. Semesterthematik und Themenbereiche der Studienstufe

1. Semester: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik

Ziele

- Wichtige Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland kennen und begreifen, daß bei Zielkonflikten durch politische Entscheidungen Prioritäten gesetzt werden.
- Wichtige Instrumente der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Funktionen kennen und erklären.
- Macht, Einflußmöglichkeiten und Kontrollierbarkeit von Interessengruppen und ihren Handlungsspielraum in der Bundesrepublik Deutschland abschätzen.
- Einblick in die Grundfragen internationaler Wirtschaftsbeziehungen gewinnen und Instrumente zur Regelung außenwirtschaftlicher Probleme kennen und anwenden.
- Historische Fundierung der aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme durch kontrastierenden und vergleichenden Rückgriff auf geschichtliche Situationen.

Allgemeine Hinweise

Schwerpunkte des Unterrichts in allen Themenbereichen ist die Beschäftigung mit einem aktuellen wirtschaftspolitischen Konflikt.

Die Bearbeitung des Konflikts, die Erörterung staatlicher Maßnahmen und ihrer Auswirkungen sollen dem Schüler konkrete Vorstellungen vermitteln über

- die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik und ihre internationalen Verflechtungen
- konjunkturelle und strukturelle Veränderungen
- Möglichkeiten und Folgen staatlicher Steuerung
- unterschiedliche Wirtschaftsordnungen und deren Leitbilder.

Bei der Analyse und Überprüfung von Wirtschaftsdaten, der graphischen Darstellung von Entwicklungen in anderen wirtschaftlichen Zusammenhängen ist eine fächerübergreifende Zusammenarbeit mit der Informatik sinnvoll.

Zur Wahl stehen folgende Themenbereiche:

- Konjunkturpolitik
- Wachstum und Umwelt
- Konzentration und Märkte

Sie müssen geschichtlich fundiert werden durch vergleichenden und/oder kontrastierenden Rückbezug auf Situationen/Zusammenhänge der Vergangenheit, die ein vertieftes Verständnis ermöglichen, z. B.:

- Industrialisierung
- Weltwirtschaftskrise
- New Deal
- Währungsreform 1948
- Imperialismus im 19. Jhd.

Vorschläge für den Unterricht — Beispiel: Themenbereich Konjunkturpolitik

Themeneingrenzung

Bestandsaufnahme: Die aktuelle wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland (Wirtschaftsindikatoren, Ziele und deren Aussagekraft). Auswahl eines die Fragen der Schüler berührenden aktuellen Konflikts und Festlegung des Themas nach Interessenlage des Kurses, zum Beispiel:

- Arbeitslosigkeit
- Rationalisierung und Investitionen

Auswahl und Festlegung einer geeigneten historischen Situation oder eines geeigneten historischen Zusammenhangs.

Untersuchung

Analyse des aktuellen Konflikts, kontroverse Interpretationen und vorgeschlagene Lösungswege (Regierung, Parteien, Verbände, Institute, Bundesbank, Medien).

Geschichtliche Fundierung.

Wirtschaftstheoretische Erklärungsansätze und Konzeptionen im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen im aktuellen Konflikt (liberale Wirtschaftstheorien, marxistische Kapitalismuskritik).

Auswertung

Diskussion und Auswertung der zur Beilegung des Konflikts vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten.

Einordnung der Thematik in andere und neue politische Zusammenhänge, z. B.: Demokratisierung der Wirtschaft oder Lösungswege in einem anderen Wirtschaftssystem.

Reflexion zum Gang der Untersuchung und der Unterrichtsergebnisse.

Zum Leistungskurs

Der Leistungskurs zielt darauf ab,

- die der Diskussion zum ausgewählten Konflikt zugrunde liegenden wirtschaftspolitischen Positionen umfassender und differenzierter und dabei den theoretischen Zusammenhang betonend zu behandeln,
- die geschichtliche Grundlage dadurch zu vertiefen, daß zwei historische Situationen vergleichend herangezogen werden,
- in die Auseinandersetzung über kontroverse Lösungswege und Konzeptionen die Wirtschaftspolitik insgesamt einzubeziehen.

2. Semester: Gesellschaft und Gesellschaftspolitik

Ziele

- Faktoren sozialer Ungleichheit erkennen und Versuche ihrer Rechtfertigung bzw. Kritik daran diskutieren.
- In Konzepte zum Erfassen sozialer Schichtung und deren Problematisierung Einblick gewinnen.
- Wichtige Zielvorstellungen und Mittel der Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland kennen und auf ihre Konsequenzen hin — auch im politischen und wirtschaftlichen Bereich — abschätzen können.
- Gesellschaftspolitische Ziele von Gruppen und Institutionen auf die zugrunde liegenden Interessen und auf ideologische Bindungen hin befragen und beurteilen können.
- Erkennen, daß bestehende Gesellschaften danach eingeordnet und beurteilt werden, in welchem Ausmaß die Prinzipien Freiheit und Gleichheit in ihnen verwirklicht sind.
- Historische Fundierung der Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit und sozialpolitischer Maßnahmen durch kontrastierenden und vergleichenden Rückgriff auf geschichtliche Situationen und Probleme.

Allgemeine Hinweise

Ein wichtiger Schwerpunkt in allen Themenbereichen ist die soziale Ungleichheit und Möglichkeiten und Grenzen ihres Abbaus.

Er kann von den Schülern nur bearbeitet werden, wenn sie die konkreten Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik kennen, Vorstellungen über Erscheinungsformen und Ausmaß sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft gewinnen und auf die Erhaltung, Minderung oder Beseitigung sozialer Ungleichheit gerichtete Politik beurteilen können. Um dieses zu gewährleisten, muß der Unterricht Kenntnisse vermitteln über

- Probleme und Schwierigkeiten bei der Analyse von Lebenslagen, der Verteilung von Lebenschancen, Macht und Einflußmöglichkeiten unter den Menschen in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland,
- unterschiedliche theoretische Ansätze zur Erklärung sozialer Ungleichheit und sozialpolitischer Maßnahmen,
- historische Befunde, die zur Erklärung der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland beitragen,
- Veränderungsmöglichkeiten in der sozialen Schichtung unserer Gesellschaft,
- soziale Chancen und schichtspezifische Sozialisation,
- soziale Ungleichheit und Sozialpolitik in Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Zur Wahl stehen folgende Themenbereiche:

- Probleme besonderer Gruppen unserer Gesellschaft
- Soziale Sicherung und Sozialpolitik
- Bildungschancen und Bildungspolitik

Sie müssen geschichtlich fundiert werden durch vergleichende und/oder kontrastierenden Rückbezug auf Situationen/Zusammenhänge der Vergangenheit, die ein vertieftes Verständnis ermöglichen, z. B.:

- Armut und Sozialfürsorge in der mittelalterlichen Stadt
- Die Rolle der Juden in der mittelalterlichen Stadt
- Funktion der Zünfte im Mittelalter und der frühen Neuzeit
- Soziale Ungleichheiten in der Ständegesellschaft und in der Klassengesellschaft
- Studentenbewegung und Bildungsreform 1968

Themeneingrenzung

Bestandsaufnahme: Lebensbedingungen und die damit zusammenhängenden Lebenschancen der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Soziale Ungleichheiten.

Auswahl eines aktuellen Konflikts und Festlegung des Themas nach Interessenlage des Kurses, zum Beispiel:

- Gesundheitspolitik — Verteilung gesundheitlicher Risiken und Chancen
- Probleme der Altersgliederung und die Rentenpolitik
- Ausgrenzung von HIV-Infizierten

Auswahl und Festlegung einer geeigneten historischen Situation oder eines geeigneten historischen Zusammenhangs.

Untersuchung

Analyse des aktuellen Konflikts. Kontroverse Erklärungen und Lösungsvorschläge von Gruppen, Parteien und Verbänden. Urteile und Vorurteile zur Krise des Wohlfahrtsstaates.

Geschichtliche Fundierung.

Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze und Konzepte im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen im aktuellen Konflikt (Klassentheorie, Katholische Soziallehre, Sozialismus, Sozialstaat).

Auswertung

Diskussion und Beurteilung der zur Beilegung des Konflikts vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der sozialen Situation der Schüler, ihrer Zukunftschancen und des Sozialstaatspostulats des Grundgesetzes. Einordnung der Thematik in andere und neue politische Zusammenhänge, z. B.: Soziale Sicherungssysteme in Schweden, in der DDR.

Reflexion zum Gang der Untersuchung und der Unterrichtsergebnisse.

Zum Leistungskurs

Der Leistungskurs zielt darauf ab,

- die sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätze und Konzepte umfassender und differenzierter zu behandeln,
- die geschichtliche Grundlage dadurch zu vertiefen, daß zwei unterschiedliche historische Situationen vergleichend herangezogen werden,
- Datenüberprüfung zu erweitern und Methodenreflexion zu vertiefen.

3. Semester: Demokratische Willensbildung und politische Herrschaft

Ziele

- Die grundlegenden Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland kennen.
- Die Legitimation politischer Herrschaft erkennen.
- Eine politische Ordnung danach beurteilen, welche Konfliktregelungen sie vorsieht, wie Machtkontrolle wirksam wird und welche Leistungsfähigkeit sie für die Lösung von Gegenwartsproblemen aufweist.
- Macht, Handlungsspielraum und Kontrollierbarkeit von Institutionen, Parteien und Verbänden erörtern und einschätzen.
- Die unterschiedlichen miteinander konkurrierenden Interessen der Parteien und Verbände in der Bundesrepublik Deutschland begreifen und ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung diskutieren.
- Demokratievorstellungen und politische Ordnungsprinzipien als Folge unterschiedlicher Auffassungen von Volkssouveränität erörtern.
- Den Führungsanspruch der SED und seine Auswirkungen in der DDR untersuchen.
- Historische Fundierung durch kontrastierenden und vergleichenden Rückgriff auf geschichtliche Situationen, in denen das Prinzip der Volkssouveränität durchgesetzt, ausgestaltet oder zerstört wurde.

Allgemeine Hinweise

An einem aktuellen politischen Konflikt sind Kenntnisse über das parlamentarische Regierungssystem, Parteien und Parteiensystem, Föderalismus und Bundesverfassungsgericht zu vermitteln und zu sichern. Dabei kommt es darauf an, die demokratische Willensbildung und das politische System in bezug auf Selbstverständnis, Legitimation, Leistungsfähigkeit und Partizipationsmöglichkeiten zu untersuchen und zu beurteilen. Einzugehen ist auf die Deutschlandpolitik in europäischer Verantwortung. Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung in der Perspektive eines friedlichen Zusammenwachsens von Ost- und Westeuropa sollte herausgestellt werden.

Zum besseren Verständnis sollen Beispiele herangezogen werden, in denen die unterschiedlichen Grundentscheidungen in der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik deutlich werden.

Dabei erfahren die Schüler den Zusammenhang zwischen persönlicher Existenz und Lebensgestaltungsmöglichkeiten und den seit 1945 getroffenen politischen Lösungen.

Die Chance einer fächerübergreifenden Zusammenarbeit mit der Informatik könnte anlässlich von Wahlen im Hinblick auf Hochrechnungen genutzt werden.

Zur Wahl stehen folgende Themenbereiche:

- Demokratische Willensbildung
- Politische Herrschaft

Sie müssen geschichtlich fundiert werden durch vergleichenden und/oder kontrastierenden Rückbezug auf Situationen/Zusammenhänge der Vergangenheit, die ein vertieftes Verständnis ermöglichen, z. B.:

- Revolution 1848 — Versuch einer Demokratie in Deutschland
- Revolution 1918 — Parlamentarismus oder Räte system
- die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland — Auseinandersetzung um das Grundgesetz

Vorschläge für den Unterricht — Beispiel: Demokratische Willensbildung

Themeneingrenzung

Bestandsaufnahme: Formen und Faktoren politischer Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland, Auswirkungen verstärkter politischer Partizipation.

Auswahl eines aktuellen Konflikts und Festlegung des Themas nach Interessenlage des Kurses, zum Beispiel:

- Möglichkeiten und Chancen der Partizipation durch Parteien
- Bürgerinitiativen und andere Formen politischer Beteiligung (Bürgerbegehren)

Auswahl und Festlegung einer geeigneten historischen Situation oder eines geeigneten historischen Zusammenhangs.

Untersuchung

Analyse des aktuellen Konflikts, politische Entscheidungen und ihre Durchsetzung, die Beteiligten und die Betroffenen, die Auswirkungen und Folgen der Entscheidung.

Die Artikulation und Durchsetzung von Interessen und Forderungen.

Vorschläge für Konfliktlösungsmöglichkeiten.

Unterschiedliche politische Positionen.

Geschichtliche Fundierung.

Demokratiethoretische Erklärungsansätze und Demokratiekonzepte zum Verstehen der politischen Positionen der am Konflikt Beteiligten.

Auswertung

Diskussion und Bewertung der zur Beilegung des Konflikts vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit eigenen politischen Zielvorstellungen. Einordnung der Thematik in andere und neue politische Zusammenhänge, z. B. Partizipation durch Wahlen (Ausländerwahlrecht), Partizipationsmöglichkeiten in der Schule.

Reflexion zum Gang der Untersuchung und der Unterrichtsergebnisse.

Zum Leistungskurs

Der Leistungskurs zielt darauf ab,

- Probleme und Verhältnisse der DDR stärker einzubeziehen,
- die geschichtliche Grundlage dadurch zu vertiefen, daß zwei historische Situationen vergleichend herangezogen werden,
- demokratiethoretische Erklärungsansätze oder Demokratievorstellungen der Parteien umfassender und differenzierter zu behandeln.

4. Semester: Grundprobleme internationaler Politik

Ziele

- Internationale Machtstrukturen und Abhängigkeiten begreifen, ihre Veränderbarkeit diskutieren, dabei auch den Einfluß wirtschaftlicher Macht auf die Politik problematisieren und Kontrollmöglichkeiten erörtern.
- Konfliktsysteme, Konfliktpotentiale und Konfliktregelungsmechanismen an Beispielen erarbeiten und ihre Bedeutung beurteilen, dabei auch Ziele internationaler Organisationen und ihre Einflußmöglichkeiten auf friedliche Konfliktlösungen einschätzen.
- Nationale außenpolitische Interessen und die Methoden ihrer Durchsetzung untersuchen und erörtern, dabei Zusammenhänge von Innenpolitik und Außenpolitik untersuchen.
- Gefahren der Konfrontation und Chancen der Kooperation abwägen und am historischen Beispiel überprüfen.
- Verhinderung des Einsatzes und der Eskalation von Gewalt als Ziel der Politik anerkennen.
- Vorstellungen vom Frieden und Voraussetzungen für Frieden diskutieren, Möglichkeiten erörtern, die Existenzbedingungen der Menschheit langfristig zu sichern.
- Historische Fundierung aktueller Probleme der internationalen Politik durch kontrastierenden und vergleichenden Rückgriff auf geschichtliche Situationen.

Allgemeine Hinweise

Komplexität und Aktualität internationaler Fragen ermöglichen nur relativ ungesicherte und standpunktgebundene Untersuchungsergebnisse. Selbstverständliche Begriffe wie Frieden, Gewalt, Macht und Recht sind unter der jeweiligen Interessenlage zu differenzieren und zu problematisieren. Weltweite Folgen von Interaktionen können nicht mehr nur vom Blickwinkel nationaler Eigeninteressen betrachtet werden.

Es kommt darauf an, Schülern eine weltpolitische Orientierung zu ermöglichen, sich in das Denken der jeweils anderen Seite hineinzusetzen. So lassen sich ideologische und sozialpsychologisch fundierte Vorurteile verringern.

Es gilt das Bewußtsein dafür zu schärfen, daß die Beurteilung internationaler Probleme allein unter nationalen Eigeninteressen dann nicht mehr ausreicht, wenn nationale Aktionen weltweite Auswirkungen haben und Überlebensmöglichkeiten der Menschheit gefährden können.

Im Fach Geographie werden im 3. und 4. Semester sozial- und wirtschaftsgeographische Probleme in weltweiter Verflechtung behandelt, wobei die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Mittelpunkt stehen. Eine fachübergreifende Zusammenarbeit bietet sich an: wird der Themenbereich „Industrieländer und Dritte Welt“ gewählt, sind Abstimmungen durch die Fachkonferenz notwendig.

Zur Wahl stehen folgende Themenbereiche:

- Frieden und Sicherheit
- Umweltpolitik als internationale Aufgabe
- Industrieländer und Dritte Welt

Sie müssen geschichtlich fundiert werden durch vergleichenden und/oder kontrastierenden Rückbezug auf Situationen/Zusammenhänge der Vergangenheit, die ein vertiefendes Verständnis ermöglichen. Nach Möglichkeit sollten geschichtliche Erscheinungen herangezogen werden, die direkt oder indirekt in die Gegenwart hineinwirken, z. B.:

- Europäisches Machtgleichgewicht im 19. Jhd.
- Ost-West-Spannungen und „Kalter Krieg“ (Kuba, Berlin)
- Die Herausbildung des Nationalstaats im 19. Jhd.
- Umweltprobleme in der Epoche der Industrialisierung
- Raubbau und Brandrodungen im Mittelalter

Vorschläge für den Unterricht — Beispiel: Frieden und Sicherheit

Themeneingrenzung

Bestandaufnahme: Klärung des Vorwissens und des Problembewußtseins zu einem internationalen Konflikt und Festlegung des Themas nach Interessenlage des Kurses, zum Beispiel:

- Konfrontation und Kooperation zwischen Ost und West
- Konflikttherde: Naher Osten, Mittelamerika, Südafrika, Asien . . .

Auswahl und Festlegung einer geeigneten historischen Situation.

Untersuchung

Analyse des internationalen Konflikts, kontroverse Interpretationen der Medien, unterschiedliche Lösungsvorschläge: Regierungen, UNO, internationale Organisationen, Medien; Institutionalisierung der internationalen Zusammenarbeit.

Geschichtliche Fundierung.

Konzepte der Friedenssicherung bzw. Friedensförderung.

Auswertung

Diskussion und Bewertung der zur Beilegung des Konflikts vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten im Hinblick auf das Ziel der Friedenssicherung und in bezug auf die persönliche Zukunft. Einordnung der Thematik in neue weltpolitische Entwicklungen und Zusammenhänge.

Reflexion zum Gang der Untersuchung und der Unterrichtsergebnisse.

Zum Leistungskurs

Der Leistungskurs zielt darauf ab,

- Konzepte zur Lösung des internationalen Problems umfassender und differenzierter zu behandeln,
- die geschichtliche Grundlage durch eine differenziertere Behandlung historischer Ursachen zu erweitern.

